

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste  
— Drucksache 12/5647 —**

**Zunehmende Vernetzung rechtsextremer Organisationen**

Nach dem neofaschistischen Aufmarsch zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 14. August 1993 in Fulda – unter der Obhut der hessischen Polizei – wies der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Eckart Werthebach, darauf hin, „daß die Rechtsextremisten in Deutschland durch eine Vernetzung ihrer Organisationen versuchten, eine ‚Einheitsfront‘ zu bilden“. Dr. Werthebach stellte fest, daß bei dem Aufmarsch der Neofaschisten in Fulda festgestellt worden sei, „daß es Aktionsbündnisse innerhalb der neonazistischen Organisation gebe, die Ansätze für solche Verflechtungen“ seien (FAZ, 30. August 1993).

1. Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit dem Aufmarsch der Rechtsextremisten am 14. August 1993 in Fulda über eine neue Vernetzung und Aktionsbündnisse rechtsextremer Organisationen?

Die Ereignisse um die „Rudolf-Hess-Demonstration“ in Fulda zeigen, daß neonazistische Kreise Kommunikationsmittel einsetzen, um insbesondere die Durchführung gemeinsamer Aktionen zu ermöglichen. Derartige Verflechtungsansätze stellen allerdings noch keine organisatorische Vernetzung bisher eigenständiger Vereinigungen dar.

2. Wodurch unterscheidet sich der diesjährige Aufmarsch zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Fulda qualitativ von dem im letzten Jahr in Rudolstadt?

Im Jahr 1992 waren durchaus vage Anzeichen für eine logistische Steuerung unterschiedlicher Gruppierungen erkennbar. Diese

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 28. September 1993 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

bezogen sich allerdings nur auf die Durchführung der konkreten Demonstrationen und deren Vorbereitung. Die jetzt festgestellte Kommunikation ist Teil eines Versuches, der bewußt darauf hinarbeitet, unterschiedliche Gruppen actionistisch und organisatorisch aneinander zu binden.

3. Wie oft und zu welchem Anlaß hat die Bundesregierung in den letzten Jahren darauf hingewiesen, daß bei rechtsextremen und/oder ausländerfeindlichen Aktionen keine „zentrale Steuerung und Organisierung“ zu erkennen sei?

Der in der Antwort zu Frage 2 dargestellte Versuch der organisatorischen Vernetzung unterschiedlicher rechtsextremistischer Gruppen hatte bislang keinen Erfolg.

Es gibt nach wie vor keine „zentrale Organisierung“ im deutschen Rechtsextremismus. Wohl aber zeigen sich Ansätze einer zentralen Steuerung – beispielsweise durch die Anti-Antifa-Aktivitäten des Funktionärs der Hamburger „Nationalen Liste“ (NL).